V-4-NEU1-191: Überall Krieg, nirgendwo Schutz

Antragsteller*innen Constantin Heinold, Maximilian Mayr, Moritz Kunisch, Lukas Wölfert, Daniel Mareyen, Christian Geiger

Antragstext

Von Zeile 191 bis 195:

Die Vereinten Nationen, die internationalen Gerichtshöfe sowie deren Organe sind zentrale Säulen einer völkerrechtsbasierten Ordnung und genießen in ihren Einschätzungen unser Vertrauen. Sie müssen von uns gegen Angriffe, im besonderen auf ihr Glaubwürdigkeit, Autorität und Handlungsfähigkeit verteidigt werden.
Dafür ist eine wertegeleitete Sanktionspolitik ein effektives Werkzeug.

Urteile und Haftbefehle des Internationalen Strafgerichtshofes umzusetzen, ist Deutschlands vertragliche Pflicht. Als solche bedarf sie keiner Interpretation.
Gemäß Art. 89 IStGHSt müssen die Vertragsstaaten Ersuchen des Internationalen Strafgerichtshof um Festnahme und Überstellung einer mit Haftbefehl gesuchten Person, die sich in einem Mitgliedsstaat aufhält, Folge leisten. Auch nationales Recht regelt diesen Fall im IStGH-Gesetz § 9 eindeutig.

Sich klar zu dieser Pflicht zu bekennen und den Ersuchen des IStGH nachzukommen, muss eine Selbstverständlichkeit jeder deutschen Politik sein.

~~Die Vereinten Nationen und deren Institutionen, sind zentrale Säulen einer völkerrechtsbasierten Ordnung und müssen von uns gegen Angriffe verteidigt werden.~~ Wir verpflichten uns, in unserer Außenpolitik eine faktenbasierte, menschenrechtsorientierte und regelbasierte Herangehensweise zu verfolgen, um

Nach Zeile 196 einfügen:

Uns selbst und unsere Partner*innen müssen wir an diesen Werten messen.

Begründung

Die letzten Monate und Wochen haben gezeigt, wie fragil unser internationales Justizsystem ist.
Immer mehr Staaten sprechen ihm die Glaubwürdigkeit ab, Drohungen werden an Entscheidungsträger und deren Umfeld gerichtet, Verträge bewusst missachtet.
Diese Handlungen kann die GRÜNE JUGEND nicht gutheißen.
Für uns muss immer klar sein: Die Bundesrepublik setzt ihre gesetzlichen Pflichten um und kommt den Ersuchen der internationalen Gerichte nach. Sie muss sich klar zu dieser Pflicht bekennen, egal ob politisch opportun oder nicht.
Wir unterstützen internationale Gerichte in ihrer Ermittlungsarbeit und helfen bei der Umsetzung ihrer Urteile und Haftbefehle. Wir schützen die Gerichte vor Einflussnahme und bewahren ihre Unabhängigkeit.